Zeitschrift: Badener Neujahrsblätter

Herausgeber: Literarische Gesellschaft Baden; Vereinigung für Heimatkunde des Bezirks Baden

Band: 73 (1998)

Artikel: "Hier geht es schrecklich unmenschlich zu!" : das Pogrom von 1802 gegen die jüdischen Gemeinden im Surbtal

Autor: Hebeisen, Erika

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-324571

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

«Hier geht es schrecklich unmenschlich zu!»

Das Pogrom von 1802 gegen die jüdischen Gemeinden im Surbtal

Erika Hebeisen

Christen und Christinnen aus sämtlichen Dörfern nördlich von Baden plünderten im Herbst 1802 die Häuser und Geschäfte der jüdischen Familien in Lengnau und Endingen.[1] Diese Plünderungen ereigneten sich während der Helvetik, also in einer Zeit mit revolutionärer Aufbruchstimmung. 1798 versuchten bürgerliche Männer zum ersten Mal Werte der Aufklärung wie Rechtsgleichheit und Handelsfreiheit in eine politische Praxis umzusetzen. Mit der Unterstützung Frankreichs errichteten sie die Helvetische Republik. Darin entstand neben dem Kanton Aargau auch ein Kanton Baden.[2]

Gegen Ende der Helvetik fielen nun Teile der christlichen Landbevölkerung über die zwei jüdischen Gemeinden im Surbtal her, was sich in der Geschichtsschreibung als «Bändeli-» oder «Zwetschgenkrieg» etabliert hat. Mit «Bändelikrieg» erinnerte man an die gestohlenen Stoffbänder, mit «Zwetschgenkrieg» an die gerade reifen Früchte. Diese verharmlosende, romantisierende Bezeichnung ersetze ich durch den Begriff «Pogrom»[3], weil es sich um einen gezielten Gewaltakt gegen Juden und Jüdinnen handelte.

Im folgenden werde ich aufzeigen, warum das Pogrom gerade gegen Ende der Helvetik ausbrach. Dafür werde ich fünf Fragen nachgehen: Welche Voraussetzungen schufen die Vertreter der neuen bürgerlichen Regierung mit ihrer Rechtssetzung für das Pogrom? Inwiefern ist der aristokratische Widerstand gegen diese Regierung ausschlaggebend für das Pogrom? War das Pogrom ein spontaner Überfall oder ein organisierter Gewaltakt? Lassen sich dafür politisch Verantwortliche und Anführer benennen? Und schliesslich: Warum fielen Teile der christlichen über die jüdische Landbevölkerung her?

Die verheissene Emanzipation

Im Laufe des 17. Jahrhunderts siedelten sich vermehrt jüdische Leute in der Grafschaft Baden an, wo sie in Endingen und Lengnau ab Mitte des 18. Jahrhunderts einen eigenen Friedhof und je eine eigene Synagoge errichten konnten. Schliess-

lich grenzte die Obrigkeit die jüdische Bevölkerung 1776 auf die zwei Gemeinden ein. Dabei mussten Juden ihre Aufenthaltsbewilligung alle 16 Jahre mit «Schutz- und Schirmbriefen» beim Landvogt kaufen.[4]

Zu Beginn der Helvetik, im Mai 1798, baten die jüdischen Gemeinden Endingen und Lengnau die neue bürgerliche Regierung, auf eine «Kopfsteuer» für jüdische Händler auf der Zurzacher Messe zu verzichten. Tatsächlich schuf die Regierung daraufhin sämtliche Sonderabgaben für Juden ab.[5] Als aber im August desselben Jahres die helvetischen Bürger dazu verpflichtet wurden, den Eid auf die neue bürgerliche Verfassung zu leisten, schloss dieselbe Regierung die Juden davon aus.[6] Diesem symbolischen Ausschluss gingen leidenschaftliche politische Debatten voraus, wobei im Grossen Rat sowohl Gegner als auch Befürworter einer Emanzipation der Juden antisemitische Vorurteile verbreiteten.

Die Gegner waren sich zwar in ihrer ablehnenden Haltung einig, widersprachen sich aber in ihren Argumentationsweisen. Während die einen gegen eine jüdische Emanzipation argumentierten, weil sonst «die Juden» alle Nationalgüter aufkaufen würden, redeten die anderen dagegen, da sonst «die Juden» zur Belastung für die Staatskassen würden. Auf der einen Seite setzte man also voraus, dass Juden generell reich seien, auf der anderen, dass sie generell arm seien. In der Grossratsdebatte lancierten die Gegner zudem subtil die Frage, ob Juden überhaupt Menschen seien.[7] Die Befürworter argumentierten in der Regel bevormundend: Erst als rechtlich gleichgestellte Bürger würden sich Juden zu besseren Menschen erziehen lassen. Der Arzt und Unterstatthalter Rudolf Suter aus Zofingen war einer der wenigen Befürworter, der mit einer konsequent liberalen Haltung gegen die antisemitischen Vorurteile argumentierte, doch drang er damit nicht durch.[8] Mit dem Entscheid gegen die Eidleistung der Juden schloss das erste helvetische Parlament neben den Frauen einen weiteren Teil der Bevölkerung aus von einem Akt der Zugehörigkeit zur neuen bürgerlichen Republik.

Erst im Februar 1799 führte der Grosse Rat schliesslich die explizite Debatte über die Rechsstellung der Juden in der Helvetischen Republik. Obwohl die jüdischen Vorsteher von Endingen und Lengnau beteuert hatten, dass sie die Schweiz als ihr Vaterland betrachteten, enschied sich die Regierung, dass die Juden keine helvetischen Bürger seien, womit sie diese auf den Status von niedergelassenen Fremden verwies. So konnten Juden einerseits nur wie Landesfremde von Niederlassungs-, Handels- und Gewerbefreiheit profitieren, andererseits bekamen sie erneut den obrigkeitlichen Stempel der «Fremden» aufgedrückt.[9] Mit diesem Entscheid desavouierte die helvetische Regierung ihr eigenes egalitäres Programm,[10] und gleichzeitig signalisierte sie der Bevölkerung ihre Geringschätzung gegenüber den Juden und leistete damit einer antisemitischen Haltung Vorschub.

Die drohende Entrechtung

1802 hatten sich konservative Föderalisten und Aristokraten gegen die ursprüngliche helvetische Regierung durchgesetzt. Damit verblasste das Modell vom repräsentativen Zentralstaat immer mehr. Im Juli zog schliesslich Napoleon seine Truppen ab. Mitte September brach in der Region Baden ein Bürgerkrieg aus, worauf eine Woche später in der helvetischen Hauptstadt Bern der reaktionäre Umsturz gelang. In der Folge übernahm der im Aargau residierende Berner Patrizier Ludwig May von Schöftland das Kommando über die Stadt Aarau, wo er am 20. September in einer Rede an die Bevölkerung die Rückkehr der aristokratischen Herrschaft zelebrierte.[11] Diese wiederum proklamierte tags darauf – als in Endingen und Lengnau geplündert wurde – die erneute Unterordnung des helvetischen Kantons Aargau unter die Herrschaft der Stadt Bern.

Weil sich die Berner Aristokraten in ihrer Rückeroberung auf ihr ehemaliges Untertanengebiet – den Berner Aargau – beschränkten, entstand im helvetischen Kanton Baden ein Machtvakuum. Dort hatten sich im Laufe der Helvetik Föderalisten durchgesetzt, die für einen unabhängigen Kanton Baden nach dem Vorbild der Innerschweizer Landsgemeindekantone kämpften. Mit dem Sturz der helvetischen Zentralregierung war dieses Ziel greifbar geworden, und am 28. September 1802 setzten die Föderalisten eigenmächtig eine provisorische Regierung ein. Präsidiert wurde diese von Karl Reding, dem in Baden niedergelassenen ehemaligen Schwyzer Landammann. Neben ihm nahm sein Schwiegersohn, der ehemalige Untervogt und Ex-Senator Ludwig Baldinger, Regierungsgeschäfte auf.[12]

Diese provisorische Regierung in Baden zeigte eine zwiespältige Haltung gegenüber der jüdischen Bevölkerung. Einerseits schmiss sie den jüdischen Bankier Wolf Dreyfuss aus seinem symbolträchtigen neuen Wohnsitz, dem Landvogteischloss in Baden, hinaus. Hierfür erklärte sie kurzerhand seinen Mietvertrag als ungültig, weil er vom abgesetzten Regierungsstatthalter unterzeichnet war.[13] Andererseits demonstrierte sie aber auch ihren Willen zur Aufklärung des Pogroms, indem sie eine Untersuchungskommission damit beauftragte, die «verübten Räubereyen an der Judenschaft» in Endingen und Lengnau aufzuklären.[14] Effektive Bewegung in die Untersuchungen kam aber erst nach dem erneuten Einmarsch napoleonischer Truppen, als der französische General Ney die jüdischen Gemeinden Ende November 1802 aufforderte zu rapportieren, was am Tag des Pogroms geschehen war.[15]

Ein gezielter Überfall

Die bisherige regionale Geschichtsschreibung interpretierte das Pogrom als Folgeerscheinung des Bürgerkrieges um Baden. Es sei die «Anarchie» ausgebrochen,

woraufhin der «Pöbel» das Machtvakuum für Plünderungen genutzt habe.[16] Im Gegensatz dazu hatten die Opfer der Plünderungen in ihren Berichten deutlich gemacht, dass das Pogrom kein spontaner Ausbruch des Volkszornes gewesen war, sondern ein gezielter Überfall, der sich deutlich angekündigt hatte: «Unsere Lage wurde von Tag zu Tag gefährlicher»,[17] schrieben die Vertreter der jüdischen Gemeinde Endingen im nachhinein an Unterstatthalter Welti.[18]

Auch aus der frühen jüdischen Geschichtsschreibung geht hervor, dass das Pogrom vorbereitet gewesen war. Der Lehrer und Schriftsteller Markus Götsch Dreifus aus Endingen[19] beschrieb dies 1854 anhand von mündlicher Überlieferung. Man sei vorbereitet gewesen auf den «Empfange der Rebellen». Während Tagen habe man in den jüdischen Gemeinden unter vorgehaltener Hand spekuliert und beratschlagt. «Von einem Tag auf den andern hörte man: Morgen kommen sie. Ängstliches Flüstern, Geheimthun, Neugier, unheimliches zusammenstehn auf den Gassen, Furcht und Besorgnis auf den jüdischen Gesichtern». Einige von ihnen, vor allem Frauen, Alte und Kinder, flüchteten in der Nacht auf den 21. September über den Rhein, wo sie in Grenzgemeinden wie Tiengen und Kadelburg bei jüdischen Familien unterkamen. Die Zurückgebliebenen schützten und verteidigten sich, so gut es ihnen möglich war.

Konkret kündigte sich das Pogrom den Juden und Jüdinnen auf zwei Ebenen an. Erstens erschien in der Nacht vorher eine Gruppe bewaffneter Männer aus dem zürcherischen Niederweningen, das zur ehemaligen Landvogtei Regensberg gehörte. Sie forderten im Auftrag des 1798 abgesetzten Landvogtes von Steiner, dass die jüdische Gemeinde Lengnau auf eine Klage gegen Niederweningen beim Obersten Gerichtshof verzichten sollte. Unter Drohungen annullierten Marx Bloch und Samuel Wihler schriftlich den noch ausstehenden Prozess.[20] Zweitens mobilisierten am Tag des Pogroms Reiterstafetten die Plünderer mit einem Schreiben aus Ehrendingen: «Weilen sich alle Gemeinden dieses Bezirks vereinbahrt, so ersuchen wir sie auch mit zu stimmen, und auf Würenlingen zu gehen, und in der Gemeind Würenlingen auf das Ruckfeld bey der Linden zu halten, bis Döttinger, Klingnauer und Koblenzer, sich bis ein Uhr aldort einfinden.»[21] Wer aber stand hinter diesen Vorbereitungen? Wer heizte eine antisemitische Stimmung an und wer war schliesslich beim Plündern selbst vorneweg dabei?

Antisemitische Brandstifter

Eine treibende Figur im Hintergrund war der bereits erwähnte ehemalige Zürcher Landvogt Jakob von Steiner. Ihn denunzierten einige Plünderer in Verhören als Auftraggeber. Für «10 Batzen Sold» seien sie in seinem Dienst gestanden.[22] Von Steiner hatte in Frankreich unter dem letzten König vor der Revolution, Louis

XVI., Militärkarriere gemacht. Nach seiner Rückkehr wurde er 1796 Landvogt in Regensberg.[23] Als konservativer Aristokrat agierte er während der Helvetik gegen die bürgerliche Zentralregierung. Für deren Sturz arbeitete er dann auch mit Berner Aristokraten zusammen. Für diese amtete er zur Zeit des Pogroms als Zivilkommissär in Königsfelden.[24]

Von Königsfelden aus stand von Steiner wohl auch in Kontakt mit der Schultheissenfamilie Frei in Brugg, deren zwei Söhne von Anbeginn der Helvetik die aristokratische Konterrevolution unterstützt hatten. Der ältere, Johannes Jakob Frei, hatte 1799 vom habsburgischen Fricktal aus helvetische Bürger angeworben für die Auswanderung in republikfeindliche Dienste. Er beteiligte sich militärisch am Sturz der helvetischen Regierung und war eine Woche später in das Pogrom involviert.[25] Mit grosser Wahrscheinlichkeit war er der Kommandant der «300 Berner», die in Lengnau zwei jüdische Geiseln verschleppten; eine davon war Marem Dreifus, der damalige «Parnass» (Gemeindevorsteher) in Lengnau.[26] Die Brüder Frei aus Brugg machten selbst keinen Hehl daraus, dass sie am Tag des Pogroms in den beiden Gemeinden präsent gewesen waren, sie stritten jedoch vehement ab, dass sie sich an den Plünderungen beteiligt hätten.[27]

Mit den reformierten, berntreuen Brüdern Frei aus Brugg hatte ein anderer Frei, der katholische Anton Frei aus Ehrendingen, nichts zu tun, doch ist er auf seine Weise ebenfalls verantwortlich für das Pogrom. Kommandant Schmid, von der provisorischen Regierung im nachhinein für die Untersuchung der Plünderungen beigezogen, war überzeugt davon, dass Anton Frei «einer der Hauptuhrheber der hiesigen Plünderungen seye, dem jeder Rechtschaffene die strengste Strafe wünscht».[28] Diese Einschätzung war jedoch entstanden aufgrund einer Konfrontation zwischen Frei und Schmid. Erstens gelang Frei die Flucht, als Schmid ihn auf dem Weg nach Endingen festhalten wollte. Zweitens beschimpfte Frei Schmid anschliessend vor versammelter Mannschaft.[29] Zudem beteiligte sich Anton Frei selbst an den Plünderungen, wobei er sich als Bauernführer gebärdete. Die provisorische Regierung bezeichnete ihn als «Lieutnant», und im Gegensatz zur Mehrzahl der Plünderer war er zu Pferd unterwegs. Frei selbst schob die Verantwortung für das Pogrom in einem Verhör jedoch nach oben ab: «die Ordre die Juden zu brandschätzen sey von Herrn General Steiner», also Landvogt Jakob von Steiner.[30]

Weil sich die jüdischen Gemeinden auch im nachhinein vor Repressionen zu fürchten hatten, hielten sie sich mit Hinweisen auf die Verantwortlichen zurück: «Wünschenswerth wäre freilich für uns, die Hauptanstifter unseres Unglücks namentlich an Tag zu geben; allein es hält schwer, ohne Beweis diesem Wunsch und Auftrag gänzlich zu entsprechen.»[31] Sie führten dann aber doch die Brüder

Frei von Brugg an, während sie den ehemaligen Zürcher Landvogt von Steiner unerwähnt liessen. Auf Anton Frei wiesen sie nur hin, indem sie an das Mobilisierungsschreiben aus der Gemeinde Ehrendingen erinnerten.[32] Was aber trieb die christliche Landbevölkerung der ehemaligen Grafschaft Baden selbst zum «Rauben, Stehlen und Fressen»[33] in die jüdischen Gemeinden?

Die Sündenböcke der Helvetik

Diese Leute waren weder einfach die Verführten, noch handelten sie irrational, sondern sie folgten «konsequent ihrer erfahrungsgesättigten Rationalität».[34] Sie hatten durchaus Vorstellungen, dass ihr Gewaltakt gegen die Juden und Jüdinnen gerechtfertigt sei. Solche Legitimationsvorstellungen bezogen sie einerseits aus ihrem christlich-religiösen Selbstverständnis sowie aus ihrem traditionalistischen Wirtschaftsverständnis[35] und andererseits von den oben erwähnten antisemitischen Signalen der Regierung sowie aus dem Scheitern der helvetischen Revolution.

Die Angehörigen der jüdischen Gemeinde Endingen fühlten sich nach dem Pogrom als stilisierte Profiteure und Förderer der gescheiterten Helvetik bestraft: «Bald mussten wir die ausgemachtesten Patrioten und folglich den damaligen Zeitumständen gemäss gefährlich sein; bald mussten wir nach den lügenhaften Ausstreuungen dieser Boshaften Pulver und Blei in unsern Kellern verborgen oder für General Andermatt Hülfstruppen gedungen oder gar schon auf die Füsse gestellt haben.»[36] Die christliche Landbevölkerung beargwöhnte die Juden als Gewinner der helvetischen Ordnung, auch wenn diese faktisch nur in sehr geringem Mass von den neuen Freiheiten profitieren konnten. Eine Erweiterung des Handlungsspielraumes der Juden akzeptierte die christliche Landbevölkerung nur so lange, wie sie selbst mit der helvetischen Ordnung in erster Linie eine Verbesserung ihrer eigenen Lage in Verbindung bringen konnte.

Die Bauern in der Region Baden hatten aber ihre ganze Hoffnung darauf gesetzt, dass die erste helvetische Regierung die Abschaffung der Zinsen und Zehnten in Aussicht gestellt hatte. Im Laufe der Helvetik zeichnete sich jedoch immer deutlicher ab, dass dieses Versprechen nicht eingelöst würde, und entsprechend schwand die Hoffnung der Bauern. Diese platzte ganz, als im Januar 1802 die Zinsen und Zehnten wieder eingetrieben wurden, teilweise sogar mit Waffengewalt.[37] Vor dem Hintergrund beträchtlicher Kriegszerstörungen in der Region und der mehrjährigen Besatzungserfahrung baute sich unter der Landbevölkerung das Selbstverständnis der Verlierer auf. Da sie ihre Frustration nicht mehr direkt an der bereits vertriebenen helvetischen Regierung auslassen konnte, wütete sie gegen stilisierte Profiteure der Helvetik. Dafür hatte sie die Juden und Jüdinnen in deren traditionelle Rolle als Sündenböcke gedrängt.[38]

Das Modell Verlierer gegen Gewinner kommt zwischen Christen und Juden auch in wirtschaftlicher Hinsicht während der Helvetik verstärkt zum Tragen. Die helvetische Rechtsordnung hatte ein traditionell konfliktträchtiges Gleichgewicht zwischen Händlern und Bauern zu Ungunsten der Bauern verschoben. Die Einführung der Handels- und Gewerbefreiheit eröffnete nämlich grundsätzlich allen Händlern mehr Spielraum. Dabei geschäfteten die Bauern in der Region Baden häufig mit jüdischen Händlern, bei denen sie sich auch immer wieder verschuldeten.[39] Während des Pogroms zerrissen einzelne Plünderer «mit grosser Wuth» – so berichteten Juden aus Endingen – alle Schriftstücke, «um ihrer Meinung nach die Schulden zu tilgen». Zudem erpressten sie Schuldscheine vom jüdischen Händler Joseph Bloch.[40] Mit dem Pogrom wurden jüdische Händler und mit ihnen kollektiv die jüdischen Gemeinden Opfer einer gewaltsamen Marktregulierung durch die christliche Landbevölkerung. Dies, obwohl gerade jüdische Händler nur beschränkt profitieren konnten von der Handels- und Gewerbefreiheit.[41] Die bäuerliche Gewalt richtete sich also in erster Linie an christlich-religiösen Vorurteilen aus.[42]

Ganz direkt schlugen christlich-religiöse Vorurteile im Rahmen einer katholischen Prozession nach Zurzach in manifeste Gewalt gegen Juden und Jüdinnen um. Ob die Plünderungen gezielt auf den Tag dieser katholischen Prozession angesetzt worden waren,[43] oder ob sich die katholische Prozession spontan in einen Kreuzzug gegen die jüdischen Gemeinden umformierte, lässt sich heute nicht mehr eindeutig bestimmen. Auf jeden Fall berichtete der Kommandant Schmid an die provisorische Regierung in Baden, dass die «vielen Kreuzgänger» in Zurzach für Unruhe gesorgt hätten.[44] Und die jüdische Erinnerung schrieb der Prozession ganz direkt treibende Kraft für das Pogrom zu: «Von den Dörfern aus dem Sigithal und an der Aare waren sie in Procession mit Kreuz nach Zurzach gegangen. Da hatte sich unter den Wallfahrern das Gerücht verbreitet, es haben die Juden von Endingen einem Christen von Koblenz den Unterkiefer abgeschnitten. Dieses Lügengerücht ... erhitzte die Gemüther der ohnedies raublustigen Waller und gab ihnen den zum Frevel nöthigen Muth».[45]

Obwohl die jüdischen Gemeinden in ihren Berichten über die erlittene Gewalt auch ihren beträchtlichen materiellen Schaden von rund 28 000 Franken in Lengnau und rund 3800 Franken in Endingen auflisteten[46], wurden sie für das Pogrom, «wo alle Augenblicke der Tod über unserem Haupt schwebte»[47], nie entschädigt. Bis heute sind auch keine Gerichtsakten bekannt, die belegen würden, dass die Plünderer und ihre Drahtzieher jemals zur Verantwortung gezogen worden wären.

Bibliographie

Ungedruckte Quellen

Staatsarchiv Aargau (StAAG) 9334, Protokolle der Interimsregierung des Kantons Baden, 28. 9.–18. 10. 1802.

– StAAG 9334, Plünderungen der Juden in Endingen und Lengnau, 21. 9.–15. 12. 1802.

– StAAG 9448, Akten des Bezirksamtes Zurzach die Insurrektion betreffend, 8. 9.–2. 12. 1802.

Gedruckte Quellen

– Aktensammlung der Helvetischen Republik (1798–1803), bearbeitet von Johannes Strickler und Alfred Rufer. 16 Bde. Bern 1886–1911, Fribourg 1940–1966. (zitiert ASHR)

– Dreifus, Markus Götsch: Der Zwetschgen- oder Büntelkrieg im Jahre 1802. In: Jüdisches Volksblatt zur Belehrung und Unterhaltung auf jüdischem Gebiet Nr. 33, Jg. 1, Leipzig 1854.

– Fischer, Conrad: Ein Wort über das Aktivbürgerrecht der Juden in Helvetien, in Hinsicht auf die beiden Gemeinden in denen sie izt wohnen. Aarau 1798.

Nachschlagewerke

– Biographisches Lexikon des Aargaus 1803–1957. Aarau 1958.

– Wörterbuch zur Geschichte. Bd. 2. München 1987.

– Historisch-biographisches Lexikon der Schweiz. Bd. 4. Neuenburg 1926. (zitiert HBLS)

– Historische Statistik der Schweiz, hg. von Heiner Ritzmann-Blickensdorfer. Zürich 1996.

– Jüdisches Lexikon. Bd. 4. Berlin 1930.

Literatur

– Graus, Frantisek: Pest – Geisseler – Judenmorde. Das 14. Jahrhundert als Krisenzeit. Göttingen 1987.

– Guzzi, Sandro: Widerstand und Revolten gegen die Republik. Grundformen und Motive. In: Simon, Christian; Schluchter, André (Hg.), Helvetik – neue Ansätze. Basel 1993, 84–104 (Itinera, 15).

– Guzzi, Sandro: Logik des traditionalistischen Aufstandes. Politische, ökonomische und soziale Vorstellungen hinter den Revolten gegen die Helvetische Republik 1798–1803. Typoskript, Bern 1997.

– Halder, Nold: Geschichte des Kantons Aargau 1803–1953 in zwei Bänden. Bd. 1: Gründung – Aufbau – Festigung, 1803–1830. Aarau 1953 (Faksimile-Ausgabe Baden 1978).

– Hebeisen, Erika: Streit um die neue Ordnung. Vom Widerstand zum Bürgerkrieg. In: Meier, Bruno u.a. (Hg.): Revolution im Aargau. Umsturz – Aufbruch – Widerstand 1798–1803. Aarau 1997, 206–245.

– Joris, Elisabeth: Die geteilte Moderne. Individuelle Rechtsansprüche für Männer, ständische Abhängigkeit für Frauen. In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 46 (1996) 306–331.

– Kaufmann, Robert Uri: Jüdische und christliche Viehändler in der Schweiz 1780–1930. Zürich 1988.

– Kaufmann, Robert Uri: Wie man zum «Fremden» erklärt wird. Fremd- und Selbstbildnis der Juden in der Schweizer Historiographie. In: Traverse. Zeitschrift für Geschichte 3 (1996) Nr. 1, 120–128.

– Kreis, Hans: Die Grafschaft Baden im 18. Jahrhundert. Diss. Zürich 1909 (Schweizer Studien zur Geschichtswissenschaft, I/2).

– Leuthold, Rolf: Der Kanton Baden 1798–1803. In: Argovia 46 (1934) 1–244.

– Lüdtke, Alf: Einleitung: Was ist und wer treibt Alltagsgeschichte? In: ders. (Hg.); Alltagsgschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrung und Lebensweisen. Frankfurt, New York 1989.

– Meier, Bruno u.a. (Hg.): Revolution im Aargau. Umsturz – Aufbruch – Widerstand 1798–1803. Aarau 1997.

– Pfyffer, Jvo: Der Aufstand gegen die Helvetik im ehemaligen Kanton Baden im September 1802. Baden 1904.

– Weingarten, Ralph: Freiheit, Gleichheit – auch für Juden? In: Meier, Bruno u.a. (Hg.): Revolution im Aargau. Umsturz – Aufbruch – Widerstand 1798–1803. Aarau 1997, 204f.

Weldler-Steinberg, Augusta: Geschichte der Juden in der Schweiz. Bd. 1: Vom 16. Jahrhundert bis nach der Emanzipation. Zürich 1966.

Anmerkungen

[1] Das Titelzitat stammt aus StAAG 9334, Schmid an die provisorische Regierung, 21. 9. 1802. – Die Anzahl der Plünderer variert in den verschiedenen Quellen zwischen 200 und 800. In Endingen und Lengnau lebten damals rund 900 Menschen jüdischen und rund 1500 christlichen Glaubens. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts hatte sich die Zahl der jüdischen Haushaltungen mehr als verdoppelt, vgl. den Kommentar zur jüdischen Bevölkerung des Aargaus auf der CD-

ROM «Revolution im Aargau», Aarau 1997.

[2] Dazu neu: Meier, Revolution im Aargau.

[3] Pogrom verwende ich als «planmässige Verfolgung von Juden mit Plünderungen und Zerstörungen», vgl. Wörterbuch zur Geschichte.

[4] Weldler-Steinberg I, 21–46. Die mehrheitlich katholische Grafschaft Baden war seit dem Zweiten Villmergerkrieg 1712 Gemeine Herrschaft von Zürich, Bern und dem reformierten Glarus.

[5] ASHR II, 72.

[6] ASHR II, 72–74.

[7] ASHR II, 880–882.

[8] ASHR II, 881.

[9] Weldler-Steinberg I, 97–100; Kaufmann, «Fremden», 120.

[10] Diese Inkonsequenz des Liberalismus zeigte Elisabeth Joris am Beispiel des Ausschlusses der Frauen auf, vgl. Joris, Moderne, 306–331.

[11] ASHR VIII, 1249.

[12] Die Badener Föderalisten hatten sich in einer Interessengemeinschaft organisiert, die als «Badener Partei» in die Geschichte eingegangen ist, vgl. Hebeisen, Streit, 235.

[13] StAAG 9334, Protokoll der Interimsregierung, 21. 10. 1802.

[14] StAAG 9334, Protokoll der Interimsregierung, 30. 9. 1802.

[15] ASHR IX, 808.

[16] Pfyffer, Aufstand, 39; Halder, Geschichte, 36; Leuthold, Kanton Baden, 230.

[17] StAAG 9448, Über die Plünderungen aus Endingen, 8. 11. 1802.

[18] ASHR IX, 808.

[19] Biographisches Lexikon, 162f. Der ganze Abschnitt basiert auf: Dreifus, Zwetschgen- oder Büntelkrieg.

[20] ASHR IX, 809.

[21] StAAG 9334, An die Gemeinde Siggenthal, 21. 9. 1802.

[22] StAAG 9334, Verhör mit Johannes Sigg, 24. 9. 1802.

[23] HBLS IV, 535.

[24] StAAG 9334, Jenner an die provisorische Regierung, 25. 9. 1802; Befragung von Moses Dreyfus durch die provisorische Regierung, 22. 10. 1802.

[25] Hebeisen, Streit, 227, 234 und 242.

[26] StAAG 9334, Schmid an die provisorische Regierung, 21. 9. 1802; Dreifus, Zwetschgen- oder Büntelkrieg, 130f. Marem Dreifus hatte einen Sohn, der Götsch hiess und 1789 geboren war. Dieser Götsch könnte der Vater des Autors Markus Götsch Dreifus (1812–1877) sein. «Parnass» heisst wörtlich Verpfleger, Versorger. Zur Zeit der Helvetik verwaltete ein «Parnass» allein oder in einem Kollegium die Geschäfte der noch autonomen jüdische Gemeinden, vgl. Jüdisches Lexikon IV.

[27] StAAG 9334, Frey an die provisorische Regierung, 28. 9. 1802.

[28] StAAG 9334, Klage von Schmid über Anton Frei, 23. 9. 1802.

[29] StAAG 9334, Notiz von Schmid über Anton Frei, 24. 9. 1802.

[30] StAAG 9334, Akte der provisorischen Regierung, 24. 9. 1802.

[31] ASHR IX, 809.

[32] ASHR IX, 809.

[33] StAAG 9334, Schmid an die provisorische Regierung, 21. 9. 1802.

[34] Lüdtke, Alltagsgeschichte, 28.

[35] Guzzi, Logik, 9–11.

[36] ASHR IX, 808.

[37] Guzzi, Widerstand, 86f.

[38] Graus, Pest, 529–557.

[39] Kaufmann, Viehhändler, 41; Fischer, Wort, 10.

[40] StAAG 9448, Über die Plünderungen aus Endingen, 8. 11. 1802; Pfyffer, Aufstand, 41; Dreifus, Zwetschgen- oder Büntelkrieg, 130.

[41] Weingarten, Freiheit, 204f.

[42] Die geläufigsten christlich-religiösen Vorurteile: Juden seien Christus- und Ritualmörder oder sie hätten Brunnen vergiftet.

[43] Pfyffer, Aufstand, 39.

[44] StAAG 9334, Schmid an die provisorische Regierung, 21. 9. 1802.

[45] Dreifus, Zwetschgen- oder Büntelkrieg, 130.

[46] Pfyffer, Aufstand, 41. Ein Weber konnte zu dieser Zeit um die 40 Franken pro Monat verdienen, vgl. Ritzmann-Blickensdorfer, Historische Statistik, 446.

[47] StAAG 9448, Über die Plünderungen aus Endingen, 8. 11. 1802.